

# Geisenheimer Zeitung

## Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;  
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post  
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



## General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim  
25 %, auswärtiger Preis 30 %. Kellameile 90 %. Beizemehrzahliger Aufnahme  
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichs- und Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 94.

Donnerstag den 12. August 1920.

20. Jahrgang.

### Die Waffenruhe abgelehnt.

Wiederaufnahme und Verschärfung der Blockade gegen  
Rußland.

Lloyd George und Millerand sind wieder einmal in Sythe zusammengetroffen, um die Frage der Einstellung der Feindseligkeiten an der russisch-polnischen Front zu besprechen. Nach der Zusammenkunft am Sonntag wurde eine amtliche Mitteilung aus englischen Quellen veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die englische Regierung von den Sowjets eine endgültige Antwort auf ihre letzte Note nicht erhalten hat. Inzwischen hat sie Andeutungen über die Absichten der Bolschewisten erhalten und sie lassen voraussehen, daß diese sich weigern, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Die englische Regierung hat der Sowjetregierung den Abschluß einer Waffenruhe an der russisch-polnischen Front für eine Zeit von zehn Tagen vorgeschlagen, unter der Bedingung, daß man beiderseits in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Ferner wollen die Alliierten darauf verzichten, sich in die polnisch-russischen Friedensverhandlungen einzumischen. Polen soll keine Freiwilligen mehr ausheben, und die alliierten Militärmissionen würden nicht mehr intervenieren. Auch würde kein Kriegsmaterial mehr nach Polen geschickt. Das ist in großen Zügen der Plan, der nach Moskau übermittelt worden ist. Nach einer Havas-Meldung aus Sythe hat die Sowjetregierung die englischen Vorschläge endgültig abgelehnt und sich geweigert, die Operationen zu unterbrechen.

### Mittwoch Friedensverhandlungen in Minsk.

Man berichtet, daß die polnischen und die bolschewistischen Delegierten sich kommenden Mittwoch in Minsk treffen werden, denn es sei vorzuziehen, daß die Bolschewisten und die Polen sich unter sich allein verständigen.

### Verschärfung der Blockade gegen Rußland.

Die Konferenz in Sythe ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine militärische Unterstützung Polens nicht möglich ist, da Truppensendungen nach Polen sowohl in Frankreich wie in England die Gefahr von Arbeiterunruhen heraufbeschwören würden. Es handelt sich also darum, so schreibt das Pariser Regierungsorgan „Matin“, unsere Macht gegen Rußland anzuwenden, ohne einen einzigen Soldaten hinzuzufügen. Die wichtigste Sache sei die Blockade Rußlands, und zwar eine reißlos durchgeführte Blockade unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten. Rußland werde weder Munition bekommen, noch Waren oder Lebensmittel. Mehrere Geschwader der englischen Flotte sind bereits im Kattegat mit dem Kurs nach Osten gesichtet worden.

Außerdem wollen die Alliierten eine feste Verteidigungsfront errichten, um die Verbindung durch den Danziger Korridor aufrecht zu erhalten. Andere Maßnahmen sollen den Regierungschefs zur Genehmigung noch unterbreitet werden.

### Blockadeforderung auch gegen Deutschland?

„Petit Parisien“ schreibt u. a. über die militärischen und maritimen Maßnahmen gegen Rußland:

„Bis zur Stunde kann man aber sagen, daß die Wiederaufnahme und die Verschärfung der Blockade bisher unter den beschlossenen Maßnahmen sein wird, und daß die Blockade auch den Nachbarn von Rußland, Estland, Litauen und Deutschland, mit auferlegt werden wird. Die Haltung Deutschlands in Verbindung mit dem Vormarsch der Sowjetarmee verursacht dauernd die größte Beunruhigung. Herr Goeppert ist am Sonnabend nachmittag am Quai d'Orsay erschienen, um gegen die Vernichtung von Waffen, die von den alliierten Truppen im Besitz von Marxenwerder beschlagnahmt worden sind, zu protestieren. Dieser Protest in Verbindung mit der ständigen Laie der deutschen Regierung, sich einen Streit mit der polnischen Regierung vorzubehalten, in scheinlich Gegenstand langer Beratungen zwischen Lloyd George und Millerand gewesen. Die russische Gefahr steht an unserer Türe infolge der Gefahr, die Deutschland für uns bildet. Das ist es, was wir uns vor allem vor Augen zu halten haben.“

Was die angekündigte Blockade gegen Rußland betrifft, so wird diese Drohung in Moskau wenig Eindruck machen. Denn der russische Handels- und Schiffsverkehr ist schon seit Jahre und Tag lahmgelegt, es läßt sich höchstens zu einem Abbruch der Verhandlungen in London, die eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und England zum Ziele hatten. Im übrigen soll wohl durch die Verhängung der Blockade gegen Rußland der lästige Eindruck vermindert werden, den das völlige Versagen der Ententehilfe in Polen gemacht hat.

In der oben erwähnten von Herrn Goeppert überreichten Note handelt es sich, wie die „B. Z. am Mittag“ erzählt, um die Anregung der Reichsregierung, daß die interalliierten Truppen bei ihrem Abzug aus dem Abkündigungsgebiet das dort vorhandene Waffenmaterial nicht zerstören, sondern an Ort und Stelle belassen. Die deutsche Regierung verlangt nicht, daß es ihr übergeben werde.

Sondern ist einverstanden, daß es in der Verwahrung und Aufsicht der Entente bleibt und den deutschen zuständigen Stellen nur dann zur Verfügung gestellt wird, wenn es zur Anwendung von Waffengewalt benötigt wird.

Aus dem Inhalt des deutschen Vorschlages ergibt sich, daß — wie das ja auch nach der Neutralitätsklärung selbstverständlich ist — von irgendwelchen Geheimabsichten zugunsten Sowjetrußlands und gegen Polen oder gegen die Entente keine Rede sein kann, um so weniger, da die tatsächliche Verfügung über die Waffenbestände der Entente verbleibt. Wir wollen, wie Minister Dr. Simons leghin im Reichstag erklärte, eine ehrliche Neutralität; zu ihrer Durchführung bedarf es wahrhaftig nicht der Zwangsmittel, die das Pariser Blatt in der erneuten Verhängung der Blockade gegen Deutschland zu erblicken glaubt.

### Die Eintreibung Warschaws.

Umfassender Angriff auf Warschau.

Havas meldet aus Warschau: Es werden starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau und im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weitausholenden Angriff der roten Truppen, um den Vormarsch auf die Hauptstadt zu versuchen.

An der Nordfront setzen die Russen ihren Vormarsch längs der deutsch-polnischen Grenze fort. Russische Kavalleriepatrouillen haben bereits den Grenzort Chorzelken eingenommen und den Orzetzfluß überschritten. Starke russische Infanteriekolonnen sind im Anmarsch auf Przasnysz. Die Stoßrichtung geht nach Südwesten gegen die letzte auf dem Ostufer der Weichsel sich hinziehende Nordbahnverbindung Warschau—Mawa—Danzig. Gelingt es den Russen, auch noch diese polnische Verteidigungsstellung zu durchbrechen, so ist mit einem russischen Einmarsch in das abgetretene deutsche Gebiet zu rechnen. In einem halben Tagesmarsch ist Warschau, die östliche Station des polnischen Korridors, zu erreichen. Kapierten ist von Soldau, das die polnischen Behörden räumen, und somit von der Bahn Warschau—Mawa—Danzig nur 15 Kilometer entfernt.

In einer Entfernung von 85 Kilometern stehen die Russen bereits nordwestlich von Warschau. Wenn es dem polnischen Zentrum nicht in beschleunigten Rückmärschen gelingt, sich der nördlichen Umklammerung zu entziehen, sind die im Rücken von Ostrolenka kämpfenden polnischen Truppen verloren. Der Rückzug hinter die Weichsel ist unvermeidlich, nachdem die Russen bei Brest-Litowsk den Übergang über den Bug erzwungen und den Ort Terespol auf dem Westufer des Bug eingenommen haben.

Die vorübergehenden Erfolge der Polen auf dem galizischen Kriegsschauplatz sind von untergeordneter Bedeutung und ändern an der Gesamtanlage nichts, die Entscheidung fällt an der Nordfront. Indessen haben die Russen auch an der Südfront die Gegenoffensive der Polen bei Brody aufgefangen und dringen bereits westlich von Wladimir-Wolhynsk gegen den Bug vor, um dann durch einen kräftigen Seitenstoß den Widerstand der bei Brody kämpfenden polnischen Truppen zu brechen und sie zum Rückzug auf Demberg zu zwingen.

### Die polnische Regierung flieht in Warschau.

Die Meldung von der Flucht der polnischen Regierung aus Warschau wird von dem Vizepräsidenten Daszynski bestritten. Von einer Räumung der Hauptstadt könne keine Rede sein, die Regierung als Ganzes denke nicht daran, die Residenz zu verlassen. Aus Vorsicht werde man lediglich die staatlichen Edelmetallbestände fortbringen. Das diplomatische Personal mit den Kanzleien hat allerdings Warschau bereits verlassen oder es rüstet sich zur Abreise, aber die fremden Gesandten selber, darunter auch der deutsche Gesandte Graf Oberndorff, bleiben vorerst noch in Warschau.

Auch Staatschef Pilsudski erklärte, Warschau werde sich bis zum äußersten verteidigen. Warschau bereite sich zur Verteidigung vor. Die Befestigungen im Weichselgebiet der Stadt sind im großen und ganzen beendet, in einem Gürtel von über 50 Kilometer ziehen sich die Schützengraben und Drahtverhaue hin.

### Vorstoß auf Thorn.

Die polnische Nordarmee in voller Auflösung.

Die polnische Nordarmee, deren Aufgabe es war, Warschau im Norden zu decken, hat den Vormarsch der Russen nicht aufhalten können und flüchtet nach Süden und Südwesten zurück. Mawa und Glehanow sind in den Händen der Russen. Damit ist die direkte Bahn Warschau—Mawa—Danzig unterbrochen und die Polen haben nur noch die Straße über Danzig—Bromberg—Thorn offen. Doch auch diese letzte Verbindung mit Danzig und den neupolnischen Gebieten dürfte schon in den nächsten Tagen von den Russen gestört sein. Die Stokkrikuna des russischen Nordflü.

gels ist gegen Thorn angelegt. Zu diesem Zwecke ist die vierte russische Nordarmee außerordentlich verstärkt worden. In der vordersten Linie stehen zwei kaukasische Kavalleriekorps und drei Infanteriedivisionen. Sie haben hinter sich acht weitere Divisionen und ein Kavalleriekorps.

Weiter südlich haben die Polen die große Schlacht zwischen Ostrolenka und dem Bug abgebrochen, nachdem ihr kurzer Widerstand bei Ostrow gebrochen war. Die Russen haben den Vormarsch auf Bychlow angetreten. Westlich von Brest-Litowsk ist Biala erreicht und der Bug bei Wlodowa in breiter Front überschritten. Auch an der Südfront nimmt der Rückzug der Polen halblöse Formen an.

### Kanonendonner vor Warschau.

Die „Times“ melden aus Warschau: Nordwestlich von Warschau wird bei Modlin das polnische Hauptheer konzentriert. Das schwere Artilleriefeuer an diesem Frontabschnitt ist beständig in Warschau zu hören. Nach einer Neutermeldung aus Warschau ist die neue polnische Hauptstellung Maslow-Pultusk durch die zeitweise Aufgabe von Pultusk gefährdet. Die polnischen Gegenmaßnahmen zur Räumung dieser Stadt sind im Gange.

### Sythe und Minsk.

Die russischen Friedensbedingungen.

„Manchester Guardian“ erzählt, daß die Konferenz in Sythe nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über die allgemeinen Friedensgrundlagen unterhandelt habe, und wenn Polen nicht im voraus diese Prinzipien annimmt, würden die Waffenstillstandsverhandlungen sehr erschwert werden. Über andererseits würden diese Bedingungen nicht scharf sein. Die Grundlagen, welche von Polen genehmigt werden müssen, sind:

1. Demobilisierung auf Friedensfuß.
2. Keinerlei Kriegsmaterial oder Munition von den Ententemächten anzunehmen.
3. Die russische Regierung hält ihr Versprechen einer besseren Grenzregelung aus.
4. Freier Handel via Polen zwischen Rußland und den anderen Staaten und
5. Amnestie für politische Vergehen.

In den Bedingungen ist für Deutschland besonders die russische Forderung von Wichtigkeit, daß freier Handelsverkehr durch Polen verlangt wird. Durch die Erfüllung dieser Forderung würde dann der französische Plan, den polnischen Staat als Barriere zwischen Deutschland und Rußland aufzustellen, hinfällig werden. Ob dies übrigens die tatsächlichen Friedensgrundlagen sind, steht noch dahin. Bis jetzt hielten sich die Ententestaatsmänner in geheimnisvolles Schweigen über die Abmachungen von Sythe. Millerand beschränkte sich bei seiner Rückkehr nach Paris darauf, zu versichern, daß die durch den Versailler Vertrag beschlossene Unabhängigkeit Polens sowie die im Versailler Vertrag vorgesehene Westgrenze Polens, die zur Verbürgung der Sicherheit Westeuropas geschaffen worden sei, aufrecht erhalten bleibt.

### Ein Sieg Lloyd Georges?

Die meisten Pariser Blätter sagen, daß in Sythe beschlossen worden ist, auf eine militärische Expedition zur Unterstützung Polens zu verzichten, und Polen nur durch Entsendung sachmännischer Berater, sowie durch Munition zu unterstützen.

Die Verhängung der Blockade soll angeblich nur erfolgen, falls die Verhandlungen in Minsk nicht zum Friedensschluß führen. Die Konferenz zwischen den polnischen und den russischen Vertretern wird am Mittwoch in Minsk stattfinden. Kamenew und Krassin werden in London bleiben, um die englische Regierung über die Verhandlungen in Minsk auf dem Laufenden zu halten.

Der Außenpolitiker des Journal „St. Price“ stellt fest, daß die englische These des Abwartens in Sythe abermals über die französische These des sofortigen Handelns gesiegt habe.

### Politische Rundschau.

— Berlin, den 10. August 1920.

— Die neugewählte Deereskammer ist zum ersten Male zusammengetreten. Ende August oder Anfang September wird sie sich mit dem Entwurf zum Reichswehrgesetz zu beschäftigen haben.

— Nach einer Berliner Information der „Adn. Btg.“ wird die Wiedergutmachungskonferenz in Genf voraussichtlich am 23. August zusammentreten.

— Die Frist zur Abgabe der ersten Steuererklärung für die Luxussteuer und die erhöhte Umsatzsteuer ist allgemein bis zum 1. September verlängert worden.

— Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über den Lohnabzug ist nicht zu erwarten. Die vorläufigen Ausführungsbestimmungen vom 21. Juli werden auch für die in Vorbereitung befindlichen endgültigen Ausführungsbestimmungen maßgebend sein.

— Die Linien-Kommandantur Erfurt meldet das Eintreffen eines Russen mit zwei französischen Offizieren.

mit Damen und 20 Güterwagen, als deren Reisezettel Dissa in Polen angegeben war. Der Zug ist zwecks Prüfung aufgehalten worden.

Der Eisenbahnverkehr nach und von Ostpreußen über Danzig ist wieder unterbrochen. Personen- und Postverkehr nach Ostpreußen wird wieder auf dem Seewege über Schweden nach Pilsen geleitet.

Eine deutschnationale Anfrage im Reichstage nimmt polnische Drohungen gegen die Deutschen in den abgetretenen Gebieten und die durch planmäßige Papierentziehung drohende Unterdrückung der in Polen erscheinenden deutschen Presse zum Anlaß, die Regierung zu fragen, was sie zum Schutze der bedrohten deutschen Interessen in Polen zu tun gedenkt.

Reichsanwalt Fehrenbach, der für einige Tage zum Besuch seiner Angehörigen in Freiburg weilt, hat sein Amt als Stadtrat der Stadt Freiburg, das er 20 Jahre lang innegehabt hat, niedergelegt.

An Stelle des Abg. v. Kardorff, der infolge seines Parteiwechsels sein Mandat zur preussischen Landesversammlung niederlegte, ist der Lehrer Wilhelm Wolff (deutschnational) in Tarnowitz, Kreis Brieg, in die Landesversammlung eingetreten.

Die badische Regierung hat beschlossen, im Herbst die geteilte Arbeitszeit wieder einzuführen, da sich die ungeteilte Arbeitszeit in keiner Weise bewährt hat.

**Abzug der Engländer und Italiener aus der Ostmark.** Wie zuverlässig verlautet, beabsichtigen auch die Engländer, das Abstammungsgebiet am 10. August zu verlassen. — Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Am 10. und 11. August fahren die im ost- und westpreussischen Abstammungsgebiet stehenden italienischen Truppen in drei Zügen mit einem Zeitabstand von etwa 8 Stunden über Marienwerder, Königs, Schneidemühl, Küstrin, Frankfurt a. O., Breslau nach Oederberg, um in ihre Heimat zurückzukehren.

**Englische Zeugenvernehmung gegen deutsche Kriegsbeschuldigte.** „Daily Mail“ zufolge sind Beamte der Londoner Polizei auf Anweisung der Regierung damit beschäftigt, Zeugen zu vernehmen, deren Aussagen für die in Leipzig anhängigen Verfahren gegen die der Kriegsvergehen Beschuldigten wichtig seien. Die Beamten besuchen die einzelnen Städte im Vereinigten Königreich, wo die Zeugen, frühere Soldaten oder Seefahrer, wohnen.

**Polnische Übergriffe gegen deutsche Eisenbahner.** In Soldau wurde ein deutscher Zug von den Polen festgehalten. Lokomotiv- und Zugpersonal wurden gewaltsam fortgeführt und mußten die Lokomotiven ohne Aufsicht stehen lassen. Das Personal wurde von den Polen vollkommen entkleidet. Die deutschen Beamten weigern sich nun, den Zugverkehr zwischen der Grenzstation Groß-Kolbau und Soldau aufrecht zu erhalten, wenn nicht eine angemessene Behandlung der deutschen Bahnbeamten durch die Polen künftig sichergestellt ist.

**Keine Erhöhung der Brotzation.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In der Öffentlichkeit sind in der letzten Zeit wiederholt Mitteilungen verbreitet worden, daß eine Erhöhung der Brotzation oder eine Herabsetzung der Ausmaßung bevorstehe. So wünschenswert solche Erleichterungen wären, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Getreidebestände zur Zeit die Durchführung derartiger Maßnahmen noch nicht gestatten. Sobald die Lage sich so gestaltet hat, daß reichliche Getreidevorräte zur Verfügung stehen, wird versucht werden, in den beiden angegebenen Richtungen eine Besserung der Ernährung herbeizuführen. Die Klagen über die Beschaffenheit des Brotes haben übrigens erfreulicherweise in letzter Zeit erheblich nachgelassen. (?) Es ist den Bemühungen der Reichsgetreidekasse gelungen, die Kommunalverbände gleichmäÙiger und ausreichend mit gutem Mehl zu beliefern, so daß die übermäßige Streckung des Brotes, die zeitweise infolge örtlicher Knappheit so notwendig geworden war, nicht mehr nötig ist.

**Aufhebung der Reichsfleischkarten.** Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Reichsfleischkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt worden. Wahlweise ist auch die Gemeindefleischkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. Die Aufhebung geschah, weil die Reichsfleischkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch zu überwachen, im Gasthausverkehr tatsächlich immer mehr verloren hat, und für die Überwachung des Verbrauchs in den Einzelhaushaltungen die Kundenliste in den Schlächtereien ausreicht.

**Die Wahrung der Neutralität.** Der Reichsverkehrsminister hat alle Reichseisenbahnbehörden nochmals angewiesen, streng nach der Verordnung der Reichsregierung vom 30. Juli zu verfahren, in der alle Güter aufgezählt sind, deren Aus- und Durchfuhr nach kriegsführenden Ländern auf Grund der Neutralität Deutschlands verboten ist. Er ordnet an, daß der Inhalt dieser Verordnung allen Eisenbahnbediensteten bekanntzugeben und dabei nachdrücklich zu betonen ist, daß willkürliche Erweiterungen der Sperrmaßnahmen und alle eigenmächtigen Eingriffe in den Betrieb durch Bedienstete der Verwaltung oder durch betriebsfremde Personen unzulässig sind und daß durch sie gerade die Kriegsgefahr herbeigeführt wird, deren Beseitigung sich die Reichsregierung zum Ziel gesetzt hat. — Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Alfa) fordert, ebenso wie die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, auch die deutsche Angestelltenchaft auf, jeden Versuch einer Neutralitätsverletzung mit allen Kräften zu verhindern.

**Der Kampf um das Weichselufer.** Die Landwirtschafskammer der Provinz Ostpreußen erhebt wie viele andere Organisationen schärfsten Widerspruch gegen die von der Entente beabsichtigte Abdrängung Ostpreußens von der Weichsel. In dem an die Regierung gerichteten Protest heißt es u. a.:

„Die Weichsel bildet eine Lebensader für Ostpreußen. Schon jetzt leidet die Provinz unter der durch den polnischen Aggressor bewirkten Abwanderung außerordentlich. Kommt nun noch die weitere Abwanderung von der bedeutendsten Wasserstraße dazu, so ist nicht abzusehen, wie eine derartig beeinträchtigte und abgeschnittene Provinz wirtschaftlich lebensfähig erhalten werden kann. Der freie Zugang zu dem die Provinz begrenzenden schiffbaren Strom ist für sie eine Lebensfrage. Auch darüber können keine Zweifel bestehen, daß, wenn das Wirtschaftsleben der Provinz vollständig erdolcht wird, die Erhaltung der

Provinz, als ein lebensfähiges Glied des Deutschen Reiches immer mehr in Frage gestellt wird. Wir bitten deshalb, mit allen Mitteln diese weitere Vergeßlichkeit und Abwanderung der Provinz zu verhindern.“

**Deutscher Ansturm aus Bommersleben.** Eine große Menge Deutscher verläßt wieder unter dem polnischen Druck Brandenburg. Im „Geselligen“ vom Mittwoch werden wiederum 388 einzelne Personen und Familien aufgeführt. Insgesamt sind bis jetzt 4060 Familien aus Brandenburg geflüchtet. Bemerkenswert ist, daß darunter eine sehr große Zahl Träger von Namen polnischen Klanges ist.

**Moskau warnt vor der Einwanderung.** Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetrepublik, Tschitscherin, gibt folgendes bekannt:

„Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp über die in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgetretenen Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Rußland abreisen können, wird hierdurch bekannt gegeben, daß Transporte mit Auswanderern ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowjetregierung und ohne die erforderlichen Papiere mit sich zu führen, die Abfahrt aus Deutschland unternehmen werden, bedingungslos von der russischen Grenze zurückgeschickt werden müssen. Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden nur unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der angekommenen Auswanderer, die in Unkenntnis der Einreisebedingungen sich zur Fahrt verließen, die jedoch unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen haben werden.“

Bei dem erwähnten Transport handelt es sich um Leute, die sich durch kommunistische Versprechungen des russischen „Paradieses“ dazu verleiten ließen, ihre deutschen Arbeitsstätten aufzugeben und nach Rußland auszuwandern. Hossentlich wirkt die Moskauer Warnung abschreckend auf alle anderen Auswanderungslustigen. Im übrigen ist die russische Warnung auch der beste Beweis dafür, daß es in Rußland nicht gerade so gut bestellt ist, wie manche Leute auf Grund angeblich zuverlässiger Quellen behaupten zu können glauben.

**Der „Havas-Dienst“ des Wolffbüreau.** Die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei haben wegen der Verbreitung von Havas-Debakchen durch das offizielle Wolffbüreau im besetzten Gebiet an die Reichsregierung Anfragen gerichtet und Aufklärung verlangt.

## Rundschau im Auslande.

**Ueber Straßburg i. Elß.** Ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die französische Regierung will als Ersatz für die im Juni v. J. in Berlin verbrannten Fahnen von 1870 die Herausgabe der französischen Kriegstrophäen von 1813 von Deutschland fordern.

Die ungarische Nationalversammlung wurde von der Staatsanwaltschaft ersucht, für den Prozeß wegen der Ermordung Thöas die Immunität des gewissen Ministerspräsidenten Stefan Friedrichs aufzuheben.

Die italienische Kammer hat den Gesetzentwurf der Regierung über die Ausführung des Friedensvertrages von St. Germain mit 170 gegen 48 Stimmen angenommen.

Auf der Küstenree von Kopenhagen sind zwei englische Kreuzer und vier Torpedobote eingetroffen. Im Hafen liegen bereits ein englischer Kreuzer und ein Torpedoboot, die demnächst in die Ostsee abziehen sollen.

Italien und Griechenland haben bezüglich der Insel Rhodos ein Abkommen getroffen. Die Insel wird unter griechische Souveränität gestellt, jedoch sollen Italien besondere wirtschaftliche Vorteile eingeräumt werden.

**England: Freigabe der beschlagnahmten Privatguthaben.**

In England sind Bestrebungen im Gange, die auf eine Freigabe der im Kriege beschlagnahmten Privatguthaben der damaligen Feinde hingen. Zweifelslos handelt es sich dabei um keinerlei Entgegenkommen gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten, sondern um ein ganz natürliches Regeneremittel. London war vor dem Kriege die Platzierungshalle für Wertpapiere aus aller Welt. Die Regierung beschließt nun, daß die Konfiskation der kapitalistischen Länder veranlassen werde, ihre Werte an einer Stelle zu deponieren, wo sie vor den Folgen der Kriegsverwicklungen sicher sind, also z. B. in New York, und daß London dadurch seine Stelle als Zentrale des internationalen Geldmarktes verlieren werde.

**Böhmen: Kein Krieg gegen Rußland.**

Die zwelftägige Besprechung Dr. Krenners in Prag hat zu einer Übereinstimmung zwischen seiner Ansicht und der des tschechischen Ministers des Auswärtigen, Dr. Beneß, in der russisch-polnischen Frage geführt. Diesen Abmachungen wird auch Jugoslawien beitreten, welches ebenso wie Serbien und die Tschechoslowakei auf keinen Fall an einem Krieg gegen Rußland teilnehmen will.

**Amerika: Italienermassaker in Illinois.**

Einer Meldung des „New York Herald“ zufolge hat in Westfrankfort (Illinois) ein furchtbares Italienermassaker stattgefunden. Wegen der Ermordung zweier Knaben durch einen Exilanten verübte die rasende Menge das Italienerviertel, wobei viele Italiener getötet und über hundert verwundet wurden. Die italienische Kolonie, mehrere Tausend Personen, mußte fliehen. Fünf konvaleszenten Bundessträflinge griffen ein, um die Ruhe wieder herzustellen. Eine New Yorker Depesche des „Messager“ bezeugt die Zahl der getöteten Italiener auf vierzig. Es habe sich um einen wahren Prozeß gehandelt, wie er fälschlicher nicht in Rußland stattgefunden. Die Italiener waren gezwungen worden, das Sternensymbol zu führen und seien dann gesteinigt und mit Knütteln erschlagen worden.

## Die Mietsteuer.

**Zur Neubefragung der Bauzünftigkeit.**

Zur Frage der Mietsteuer wird vom Reichsbauministerium mitgeteilt:

Die Wohnungsnot, die immer unerträglicher wird, kann nur durch Neubauten gelindert werden. Diese erfordern aber auf Jahre hinaus besondere Zuschüsse, da die Herstellungskosten, die zurzeit teilweise etwa das Zehnfache der Friedenspreise betragen, aus den Mieten nicht vergütet werden können. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden läßt jedoch solche Zuschüsse nur möglich erscheinen, wenn dafür Dedung aus einer besonderen Quelle erfolgt.

Für längere Zeit wird die bisherige Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr in vollem Umfange ausreicht erhalten werden können. Da die Wohnraummietsen im Vergleich zu der allgemainen

Preissteigerung niedrig geblieben sind, wird dann damit zu rechnen sein, daß die Wohnungsmieten und mit ihnen die Preise der bebauten Grundstücke eine erhebliche Steigerung erfahren, so daß trotz der anerkennenden hohen Selbstkosten des privaten Hausbaues noch ein darüber hinausgehender erheblicher Wertzuwachs für den Vermieter zu erwarten ist. Greift die Gesetzgebung nicht rechtzeitig ein, so würde eine erhebliche Belastung der Mieter zugunsten des privaten Hausbaues erfolgen, für die es nach dem soeben Gesagten an jeder Rechtfertigung fehlt. Dies muß verhindert werden, indem die betreffende Steigerung von vorn herein für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird. Die so verfügbar werdenden Mittel können dann zur Gewährung von Zuschüssen für Neubauten Verwendung finden, so daß ein Ausgleich zwischen den Mieten in alten und neuen Wohnungen hergestellt wird.

Der geplante Abgabe liegt daher ein sehr berechtigter sozialer Gedanke zugrunde: Die Verbesserung eines sachlich nicht gerechtfertigten Wertzuwachses für den privaten Hausbesitz. Sie ist andererseits die einzige Quelle, aus der die für die Neubautätigkeit dringend notwendigen Gelder beschafft werden können. Wenn daher die Erhebung einer Abgabe von Grundbesitz zur Finanzierung der Neubauten nicht erfolgt, so würde die bisherige Wohnungsnot mit all ihren bedenklichen Folgen für die weitesten Kreise der Bevölkerung verewigt werden.

### 30 v. H. der letzten Friedensmiete.

Der zurzeit dem Reichsrat vorliegende Entwurf des Mietsteuergesetzes sieht eine regelmäßige Abgabe von 30 v. H. der letzten Friedensmiete vor. 15 v. H. erheben die Länder, dazu haben die Gemeinden einen Zuschlag in gleicher Höhe zu erheben. Sowohl die Länder wie die Gemeinden haben von dem, was sie an Mietsteuer einnehmen, 15 v. H. an das Reich abzuliefern, das es zum Ausgleich zwischen den Ländern und zur Verzinsung der von ihm gewährten Baukostenzuschüsse von 650 Millionen verwendet. Die Abgabe soll zunächst nur für das Jahr 1920-21 erhoben werden, die Reichsregierung will sich aber das Recht einräumen lassen, sie mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses auch für die folgenden Jahre bis 1924 zu erheben. — Der Ausschuss des Reichsrats will den Entwurf im September beraten.

## Die Kaufmannsgerichtswahlen.

**Unersüllte Forderungen der Angestellten.**

Die gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen Kaufmannsgerichtswahlen werden unter Berücksichtigung der Verordnung der Reichsregierung vom 12. Mai 1920 erfolgen. Hiernach sind wahlberechtigt männliche und weibliche kaufmännische Angestellte, welche das 20. Lebensjahr erreicht haben und nicht ein Einkommen über 15 000 Mark beziehen. Wählbar sind jedoch nur männliche Angestellte im Alter von über 30 Jahren.

Mit dieser Verordnung der Reichsregierung sind die langjährigen weitergehenden Wünsche der kaufmännischen Angestellten nicht erfüllt. Durch das Festhalten an einer Gehaltsgrenze wird unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Geldentwertung immer noch sehr vielen kaufmännischen Angestellten die schnelle und billige Rechtssprechung durch die Kaufmannsgerichte verweigert. Im Alter von 25 Jahren kann jeder Deutsche als Reichstagsabgeordneter gewählt werden. Als Kaufmannsgerichtsbeisitzer können aber nur männliche kaufmännische Angestellte fungieren, wenn sie das Alter von 30 Jahren überschritten haben, obgleich nach Artikel 109 der Reichsverfassung Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben.

Der Geschäftsbund der Angestellten, Berlin (G. D. A.) hat deshalb den Reichstag angefordert, die erwähnte Verordnung der Reichsregierung dahin zu ergänzen, daß die Einkommensgrenze entweder ganz beseitigt oder auf 30 000 Mark erhöht, die Wählbarkeit als Kaufmannsgerichtsbeisitzer mit Erreichung des 25. Jahres erweitert und den Frauen auch das passive Wahlrecht gegeben wird.

## Lokales und Provinzielles.

**\* S. Weisenheim, 12. Aug.** Der hochw. Herr Bischof Augustinus von Limburg wird am Sonntag den 29. August, dahier die hl. Firmung spenden und vier Tage in unserer Stadt verweilen. Der Kirchenfürst wird am Samstag den 28. August, nachmittags 5 Uhr von Johannisberg kommend, in feierlicher Prozession eingeholt werden. Am Abend findet zu Ehren des hohen Gastes Fackelzug mit Musik- und Gesangsvorträgen statt, zu welcher letzteren sich unsere drei Gesangsvereine zu einem Gesamtchor vereinigen werden, wie denn auch alle übrigen Vereine ihre Teilnahme an der Ovation zugesagt haben. Wir werden auf die Einzelheiten der Feierlichkeiten noch zurückkommen.

**\* S. Weisenheim, 12. Aug.** Aus Sibirien zurückgekehrt ist nach 5 1/2 jähriger russischer Gefangenschaft der hier wohnende Heinrich Neiß, zur großen Freude seiner Angehörigen.

**\* S. Weisenheim, 12. Aug.** Bei der gestrigen Preissteigerung des Anwesens des verstorbenen Herrn Wilhelm de Laspre erhielt als Legatier Herr Heinrich Kline mit einem Gebote von 70 000 Mark den Zuschlag.

**\* Dettlich, 10. Aug.** Im Distrikt „Judenland“ wurden zwei reblausverdächtige Weinberge entdeckt. Dieselben sind vollständig gesperrt. Die bevorstehende Weinlese kann in diesen Weinbergen jedoch nach Genehmigung Polizeiverwaltung und den gestellten Beobachtungen dieses Jahr vorgenommen werden.

**\* Caub, 9. Aug.** Infolge Defekts an der Luftbremse blieb am letzten Donnerstag der Personenzug Nr. 1009, ab Caub 11,29 Uhr, in der Richtung Niederlahnstein plötzlich in der Mitte des Loreleytunnels liegen. Verschiedene Reisende wurden dadurch etwas beunruhigt, einige wieder durch Neugierde zum Aussteigen veranlaßt, und nur dem Glück ist es zuzuschreiben, daß letzteren durch den im gleichen Moment im Dunkel des Tunnels auf dem Nebengleise in entgegengesetzter Richtung daherkommenden D-Zug kein Unglück zugefallen ist. Nach einigen Minuten unfreiwilligen Haltens konnte der Zug die Fahrt wieder fortsetzen.

**\* Aus dem Rheingau, 10. Aug.** Nach eingehenden Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Kirche ist nunmehr beabsichtigt, Glockenmaterial zu festgesetzten Bedingungen den Kirchen zur Verfügung zu stellen. Da das vorhandene Glockenmaterial zur Befriedigung eines außerordentlichen großen und dringenden Bedarfs einem starken Verbrauch unterworfen war, kann es sich im Vergleich zu den seinerzeit bewirkten Gesamtlieferungen nur um geringe Mengen handeln. Die Reichsregierung hat die Bedingung gestellt, daß eine gerechte Verteilung an alle Interessenten stattfindet.

**\* Vom Rhein, 9. Aug.** Französische Pontoniertruppen halten vom 26. August bis 23. September bei St. Goar Pontonier- und Brückenschlagübungen ab. Die Pontonbrücke wird am 26. August, 9., 16. und 23. September in den Stunden von morgens 7—10 Uhr vormittags geschlossen sein. Die Schiffe und Floßfahrt ist während dieser Zeit gesperrt. Die Schiffe und Floße haben bei geschlossener Brücke mindestens 2 Kilometer oberhalb und ein Kilometer unterhalb vor Anker zu gehen.

**\* Die Besichtigung der 3. Frankfurter Internationalen Messe.** Die Anmeldungen für die Dritte Frankfurter Internationale Messe vom 3. bis 9. Oktober lassen erkennen, daß fast alle Gruppen der Frankfurter Messe wieder eine starke Zunahme in der Zahl der Aussteller zu verzeichnen haben. Insbesondere gilt das von der Textilabteilung, die so angewachsen ist, daß sie diesmal den ganzen Rietraum der Festhalle in Anspruch nehmen wird. Die Frankfurter Herbstmesse dürfte also die größte Textilschau, die bisher überhaupt zu sehen war, aufzuweisen haben. Aber auch die Abteilungen der Ledererzeugnisse, der Schuhwaren, der technischen Artikel usw. sind bedeutend gewachsen. Alle Anfragen, insbesondere auch wegen Wohnungsbestellung, werden vom Messtamt Frankfurt raschestens beantwortet.

**\* Preiskurz auf den rheinischen Obstgroßmärkten.** Aus Heidesheim wird der „Mainz. Volkztg.“ berichtet, daß auf dem dortigen und den benachbarten Obst- und Gemüsegroßmärkten in Nieder-Ingelheim und Finthen ein erheblicher Preiskurz aller Marktwaren, besonders des Obstes, eingetreten ist. Die Ursache des Preiskurzes ist der Rückgang der Kleinverkaufspreise in den Städten des nieder-rheinischen Industriegebietes, das Hauptabgabegebiet der genannten Obst- und Gemüsegroßmärkte. Ein weiterer Rückgang der Preise, besonders der Preise für Zwetschen, Birnen und Äpfel, ist infolge der freigegebenen Einfuhr ausländischer Marktwaren zu erwarten. Viele Erzeuger gehen wieder dazu über, ihre Erzeugnisse auf dem städtischen Wochenmarkt feilzubieten.

## Sport und Verkehr.

**\* Ein telegraphentechnisches Reichsamt.** Demnach wird eine neue Reichsbehörde, ein telegraphentechnisches Reichsamt, geschaffen. Das neue Amt hat die Aufgabe, das bisherige Telegraphenversuchsammt, das Telegraphenapparatsamt, das Funkbetriebsamt und das Fernsprechnetzamt organisatorisch zusammenzufassen. Seine Aufgabe wäre, bei den wichtigen Entwicklungsaufgaben des Betriebes und des Baues der Linien und der Apparate mitzuwirken, die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Telegraphen-, Fernsprech- und Funkanlagen durch eigene Forschung und praktische Tätigkeit zu fördern und die Oberpostdirektionen technisch zu beraten. Außerdem hätte sie die Aus- und Fortbildung der Telegraphenbeamten zu leiten und zu überwachen. Eine Vermehrung des Beamtenapparates tritt durch die Neuorganisation nicht ein.

**\* Der internationale Funkverkehr.** Auf der internationalen Verkehrskonferenz, die vor kurzem in Paris abgehalten wurde, hat man wegen der Funktelegraphie, im besonderen verabschiedet, zwischen den Funkstellen der europäischen Großstädte einen regelmäßigen Funkverkehr einzurichten. Die Funktelegraphie ist als Ergänzung der Drahttelegraphie anerkannt worden, so daß die bestehende internationale Verträge auch auf sie anzuwenden sind. Um Mißbrauch vorzubeugen, haben die Vertreter aller Verwaltungen beschlossen, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß Privatsunktstellen nur mit Genehmigung und unter Aufsicht der Regierung zugelassen werden sollen. Eine spätere Konferenz soll weitere Verbesserungen der Verkehrsverbindungen herbeiführen.

## Aus Stadt und Land.

**\* Ein Förderkorb mit 24 Bergleuten abgestürzt.** Auf der Zeche Kaiserstuhl II des Eisen- und Stahlwerks Hoesch bei Dortmund ereignete sich Sonntag früh bei Ausfahrt der Nachtschicht ein schweres Unglück. Der mit 24 Bergleuten besetzte Förderkorb stürzte in die Tiefe. Die Insassen, deren Bergung noch nicht gelungen ist, dürften sämtlich zu Tode gekommen sein. Am Fallort wurden durch das gebrochene Seil noch sechs Bergleute zum Teil schwer verletzt.

Der Förderkorb stieß mehrere Meter tief im Schacht, so daß die Bergungsarbeiten längere Zeit erfordert werden. Die Bergleute vermuten, daß nicht nur 24, sondern mindestens 36 ihrer Kameraden umgekommen sind, denn es sei bekannt, daß der Korb bei der Ausfahrt immer beladungsfähig wurde und man sich um die Vorschriften nicht kümmerte, die eine Beförderung von 24 Mann festsetzt. Zwei verschüttete Bergleute und die sechs schwerverletzten sind abgeholt.

**\* Notlage der Presse und Farbenverleiher.** In den Ursachen der Notlage im Zeitungs- und Druckgewerbe gehört auch die Steigerung der Druckfarbenpreise um etwa 4000 Prozent gegenüber Friedenspreisen. Unter diesen Umständen hat die „Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger“ ihr Präsidium beauftragt, Schritte zu Vorarbeiten für die Gründung einer eigenen Druckfarbenfabrik in die Hand zu nehmen.

**\* Der Preisabau der Lebensmittel.** In der Hauptversammlung der Oberbergischen Bauernvereinsung in Gummersbach wurde beschlossen, den Preis für das Liter Vollmilch auf 1,35 Mark und für ein Pfund Butter auf 14,50 Mark zu ermäßigen. Die Vereinigung erklärt, daß man sich bewußt sei, daß diese Preise die Gefährdungen nicht decken. Angesichts der wirtschaftlichen Not, unter denen viele Kreise der Bevölkerung zu leiden haben, halte man indes ein Opfer der Landwirtschaft für unumgänglich.

**\* Drohende Arbeitseinstellung der Staatsbeamten in Hamburg.** Die nicht fest angestellten hantwärtigen Staatsbeamten, etwa 7000 bis 8000 an der Zahl, haben beschlossen, an den Hamburger Senat das Ersuchen zu richten, bis zum 14. August über den bereits im Mai eingereichten Entwurf eines Tarifvertrages mit der Organisationsleitung in Verbindung zu treten. Sollte dieses Ersuchen abgelehnt werden, so soll ein allgemeiner Ausstand erklärt werden. Gleichzeitig soll an die Staats- und Gemeindearbeiter, deren Zahl in Hamburg etwa 10 000 beträgt, das Ersuchen gerichtet werden, mit den Hilfsbeamten in einen Sympathiestreik zu treten.

**\* Pferdebeschmuggel an der dänischen Grenze.** Den Beamten des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr an der dänischen Grenze war bereits seit einiger Zeit aufgefallen, daß in ständig zunehmendem Umfang dänische Pferde ohne Einfuhrbewilligung nach Deutschland eingeschmuggelt wurden. Als kürzlich ein Kontrolleur durch ein ihm gemachtes unlautes Angebot von einem neuen Schmuggelkenntnis erhielt, ging er scheinbar auf das Angebot ein, um endlich diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Er teilte sein Vorhaben dem zuständigen Landrat mit, traf die erforderlichen Maßnahmen, und es gelang ihm, die Beschlagnahme eines größeren Transportes mit insgesamt 109 Pferden herbeizuführen. Der Beamte wurde auf der Zollstation in Tondern auf Veranlassung der betroffenen Schieber verhaftet und erst nach eingehender Vernehmung von einem dänischen Richter freigelassen.

**\* Der Schnellzug Wien—Rom abgefuhr.** Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich am Sonnabend in Benetien ereignet. Der Wiener Schnellzug ist wenige Kilometer vor Udine in rasender Fahrt vom Bahndamm gestürzt. Lokomotive, Tender, Gepäckwagen und drei Personenvagen zweiter und dritter Klasse überschlugen sich und wurden zertrümmert. Der Zug war meist von Österreichern, Ungarn, Engländern und einigen Italienern besetzt. Bis jetzt wurden sechs Tote geborgen.

**\* Rinderpest in Belgien.** Aus Brüssel wird gemeldet, daß in der Umgegend von Gent neue Fälle von Rinderpest festgestellt wurden. Auf den Bauernhöfen, wo diese vorkamen, wurden die betroffenen Tiere sofort getötet und eingegraben. Alle Provinzen, mit Ausnahme des Hennegaus, sind gegenwärtig von dieser Tierseuche betroffen. Frankreich hat beschlossen, seine Grenzen für alles Vieh belgischer Abstammung zu schließen. Man erwartet die gleiche Maßregel von Holland. Wie gefährlich das Auftreten einer solchen Seuche ist, zeigt, daß in England deswegen 550 000 Stück Vieh getötet werden mußten. Wahrscheinlich wird auch die deutsche Grenze für die Abfuhr von Vieh geschlossen werden, das Deutschland noch nach dem Friedensvertrag an Belgien abzugeben hat.

**\* Großfeuer.** In dem Pfarrdorf Mehring bei Augsburg brach in den großen Oekonomengebäuden des Landwirts Ammiller Großfeuer aus, dem der ganze Viehstall samt den Getreidevorräten, an 2000 Zentner Heu und Getreide, zum Opfer fiel. Der entstandene Schaden wird auf 7—800 000 Mark geschätzt.

**\* Wieder eine Fürtengruft erbrochen.** Am vergangenen Donnerstag sind Einbrecher in die Fürtengruft in Altenburg in Sachsen-Altenburg eingedrungen. Zwei Särge waren erbrochen. Auch der Sarg der erst im Vorjahre verstorbenen Prinzessin Moritz war beschädigt. Keine der in der Fürtengruft beifetzten Leichen hat Schmuckstücke an sich, und auch in der Halle selbst sind irgendwelche Gegenstände aus Edelmetallen nicht vorhanden, so daß den Dieben nichts in die Hände fiel.

**\* Explosionsunglück in Burg.** Am Sonnabend mittag ist in der Munitionsfabrik Rote Mühle in Burg bei Magdeburg Feuer ausgebrochen, das erst am Sonntag mittag ganz gelöscht werden konnte. Die herbeigerufene Magdeburger Feuerwehr konnte nicht sofort eingreifen, weil Burg nicht genügend Wasser hatte. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Sachschaden ist erheblich.

**\* Von einem Bienenstich getötet.** In Benth-Sommerfeld ereignete sich vor einigen Tagen ein fieser Unfall. Die Mutter, die Nichte und der Sohn eines Arbeiters wurden auf freiem Felde von einem riesigen Bienenstich überfallen und so verletzt, daß die beiden Frauen den Tod fanden und der Sohn lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Eine Flucht vor dem Bienenstich war nicht möglich gewesen.

**\* Schwerer Radunfall bei Gestart.** Beim Radrennen auf der Radrennbahn gerieten am Sonntag in der siebenten Runde beim Überholen die Schrittmacher Laufmüller und Hüttenrauch aneinander und stürzten. Der hinter Hüttenrauch fahrende Stecher Teichner-Merlin fuhr auf Hüttenrauchs Motor auf, überschlug sich und stürzte gegen die Umzäunung. Hüttenrauch kam mit Querschußungen und Prellungen davon, Teichner erlitt Rippenbrüche und der Schrittmacher Laufmüller Beinbrüche. Auch verschiedene Zuschauer trugen Verletzungen davon, so haben zwei Personen schwere Unterschenkelbrüche erlitten.

**\* 37 Opfer auf Zeche Kaiserstuhl.** Wie nunmehr feststeht, hat das Grubenunglück auf der Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund 37 Opfer gefordert, und zwar 30 Tote und 7 Verletzte. Die Bergungsarbeiten sind schneller von statten gegangen, als man zuerst annahm, so daß es den unermüdeten Bergungsmannschaften möglich war, in der Montagnacht 18 Leichen zutage zu fördern. Die Berunglückten sollen sofort eingeliefert werden und bleiben auf der Zeche, von wo vermutlich auch die Beisetzungen erfolgen wird. Es hat somit den Anschein, daß eine Leichenschau wohl wegen der schweren Verwundung der Toten nicht erfolgen wird. Die Verwaltung hofft, auch die restlichen zehn Leichen so rasch wie möglich zu bergen. Die Berunglückten waren zum weitaus größten Teil verheiratet. Den Fördermaschinenführer Meier, der nach dem Unglück einen Selbstmordversuch durch Bespringen der Füllader unternahm, hofft man am Leben zu erhalten.

**\* Die Stuttgarter Arbeiterkammer fordert die Einstellung des Steuerabzugs.** In drei großen, vom Bezirksrat der vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart einberufenen Massenversammlungen wurde gegen den Steuerabzug demonstriert. Die Versammlungen verliefen ruhig. Eine Abordnung hatte vom Präsidenten des Landes-Finanzamtes gefordert, daß die württembergische Regierung den Steuerabzug als für Württemberg nicht verbindlich erklären und zur Ein-

stellung des Abzugsverfahrens ermächtigen soll. Der Präsident gab selbstverständlich einen ablehnenden Bescheid, schickte aber auf dringenden Ansinnen der Abordnung ein entsprechendes Telegramm an das Reichsfinanzamt. Von der Abordnung wurde im Falle der Fortführung des Steuerabzuges mit Streik und Unruhen gedroht. — In Frankfurt a. M. haben die Kohlenarbeiter die Rückerstattung bereits abgezogener Steuern und die Übernahme der Steuerabzüge durch die Unternehmer erzwungen.

**\* Drei Menschen beim Segeln ertrunken.** Drei junge Leute aus Stettin, Apotheker Gerhard Greiner, Fischer Rumm und Kaufmann Wendorf sind auf einer Segelfahrt auf dem Haff vor Moenkowbude infolge Vollschlagens ihrer Zölle gesenkt und ertrunken. Leichen und Boot konnten noch nicht geborgen werden.

**\* Ein Opfer der Berge.** Im „Wilden Kaiser“ ist der Student Arthur Vöcher, Sohn eines Metzgermeisters in Stuttgart, bei einer Besteigung des Schesfauer, die er mit zwei Begleitern unternahm, abgestürzt. Sie hatten sich in völliger Unkenntnis des Weges verlaufen und mühten im Freien übernachteten. Einer, der in Nacht und Nebel nach Schesfau abgestiegen war, sah, als er am anderen Morgen mit einem Begleiter den Verlassenen Hilfe bringen wollte, Vöcher an einer Felswand stehen, den Rucksack von sich schleudern und sich rücklings 200 Meter in die Tiefe fallen lassen, erschöpft und wohl sinnverwirrt. Die Leiche wurde geborgen und vom Vater des Berunglückten nach Stuttgart gebracht.

**\* Die russischen Kronjuwelen nach England geschmuggelt.** Aus London wird gemeldet, daß die russischen Kronjuwelen von bolschewistischen Agenten nach England geschmuggelt worden sind und die Agenten sich bemühen, sie dort zu verkaufen. Die englische Polizei hat die Juweliere und Goldwarenhändler angefragt, ob sie den Verkauf gewarnt. Die russischen Kronjuwelen gehören zu den schönsten der Erde und repräsentieren einen fabelhaften Wert. Der bekannte Orlov-Diamant, der das Szepter des Zaren zierte, wiegt 194 Karat und hat die Größe eines halben Taubeneies. Nicht weniger kostbar ist ein taubeneigroßer Rubin, der einst der Kaiserin Katharina von Rußland III. von Schweden zum Geschenk gemacht wurde.

## Kleine Nachrichten.

\* Herr. Georg v. Stengel, der frühere Hofmarschall des Königs Otto von Bayern, ist nach jahrelangem schweren Leiden, 76 Jahre alt, gestorben.

\* Aus der Gemäldesammlung des früheren Königs von Württemberg sind acht wertvolle Gemälde aus dem Rahmen geschnitten und gestohlen worden. Die Bilder stellen ägyptische Götter dar.

\* Der bekannte Berliner Theaterdirektor Max Reinhardt ist aus der Leitung der von ihm geführten Bühnen (Deutsches Theater, Großes Schauspielhaus usw.) ausgeschieden.

\* In Herzebrod (Westfalen) brannte nachts das Anwesen des Gastwirts Dombart mit allem Inventar nieder. 30 Sommergäste konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten.

\* Alle Spielclubs in Karlsruhe und Marienthal wurden von der Regierung geschlossen. So ist die Beschlagnahme der Gelder und Geräte und nahm der Beschlagnahme die Fälle ab.

\* In Etowah (Alabama) sind 10 Bauerngehöfte voll ständig und 3 Gehöfte bis auf die Wohnhäuser niedergebrannt. Reiche Getreidevorräte sind mit verbrannt.

## Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 12. Aug. (Tel. Union). Das Reichsfinanzministerium hat im Erlaß vom 11. August ds. Js. die Frist zur Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer bis zum 30. September verlängert.

TU Berlin, 12. Aug. (Tel. Union). Nach Meldungen aus Wolfenbüttel ist man dort einer riesigen Verschlebung von Heeresgut auf die Spur gekommen. Es soll sich dabei um 1 1/2 Millionen Decken und Drillich-Auzüge handeln, deren Verschlebung zum Teil gelungen ist. Der Gesamtverlust wird auf 25 Millionen Mark geschätzt.

TU Paris, 12. Aug. (Tel. Union). Reuter meldet, daß die französische Regierung dem französischen Handelsvertreter in London Befehl erteilt habe, keine Beziehungen zu Kamenev und Kossin anzuknüpfen.

TU Basel, 12. Aug. Wie polnische Blätter berichten, sind nunmehr ungarische Truppenformationen in Stärke von insgesamt 15 000 (fünfzehntausend) Mann auf dem Wege nach Polen, um unmittelbar gegen die Roten Armeen zu kämpfen. Der polnische Staatspräsident hat dem ungarischen Landesverweser, Horthy, ein Danktelegramm für die Truppenhilfe übermittelt.

TU Genf, 11. Aug. (Tel. Union). Mehrere hohe Persönlichkeiten des Völkerbundessekretariats sind vor einigen Tagen von San Sebastian nach Genf gekommen und hatten mit den Delegierten des Stadtrats mehrere Zusammenkünfte. Sie besuchten mit den Genfer Delegierten die Gebäude, die zur Verfügung des Völkerbundes stehen, sowohl für die große Novemberkonferenz, wie auch für das ständige Sekretariat des Völkerbundes das in allernächster Zeit nach Genf übersiedeln wird. Die Unterhändler des Völkerbundes reisen Dienstagabend nach Bern zur Begrüßung des Bundespräsidenten. Die Unterhändler des Völkerbundessekretariats werden in ungefähr acht Tagen mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet nach Genf kommen, um die Übertragung eines des schönsten Gebäude des Kantons Genf vorzunehmen, wo sich alle Dienstzweige des Völkerbundes einrichten können. Für die am 15. November dieses Jahres beginnende Session des Völkerbundes, die wahrscheinlich fünf bis sechs Wochen dauern wird, ist ein sehr geeignetes Lokal ausgesucht worden. An dieser Konferenz werden ungefähr tausend Personen anwesend sein, die offiziellen Vertreter von ungefähr vierzig Staaten mit ihren Sekretären und Sachverständigen, sowie die Zeitungskorrespondenten aller großen Zeitungen der ganzen Welt.

TU Genf, 12. Aug. (Berliner Tageblatt). Der Leiter eines kinematographischen Unternehmens, der auf der Akropolis einen Sensationsfilm turbeln läßt, schreibt dem Direktor der „Pariser Zeitung“ einen Brief über die Erlebnisse seiner Truppe. In diesem Briefe heißt es, daß Athen Schauplatz offenen Bürgerkriegs ist. Die Bevölkerung ist in Konstantinisten und Benizelisten geteilt, die sich in den Straßen und Theatern Revolverschlachten liefern.

## Bekanntmachung.

Wegen Reparaturarbeiten im Wirtschaftsamt bleibt dasselbe am **Freitag den 13. ds. Mts. geschlossen.**

Geisenheim, den 12. August 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Es wird daran erinnert, daß Hotelbesitzer, Logiswirte und alle Einwohner, die selbst nur gelegentlich während ein oder mehrerer Nächte ortsfremde Personen, ob verwandt oder nicht verwandt, beherbergen, diese Personen innerhalb 24 Stunden nach Ankunft auf dem Bürgermeisterrat, Zimmer Nr. 3, anzumelden haben.

Diese Anordnung findet keine Anwendung auf Militär- und andere Personen, die mit einem Quartierschein der französischen Militärbehörde versehen sind.

Geisenheim, den 12. August 1920.

Die Polizeiverwaltung.  
J. B.: Glod, Beigeordneter.

## Bekanntmachung.

**Betr. die Entrichtung der Luxussteuer für das erste Halbjahr 1920.**

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Luxussteuer und erhöhten Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbstständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften oder sonstigen Personenvereinigungen in den Landgemeinden des Rheingaukreises aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im 1. Halbjahr 1920 bis spätestens 15. August 1920 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Der Termin darf nicht überschritten werden.

Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe, z. B. Künstler sind steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betrieb zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt dann der Betrag der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederveräußern oder, in den Fällen der §§ 21, 23 Absatz 1, Nr. 1 von Personen, die die Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung erwerben, gezahlt zu werden pflegt.

Verpflichtet zur Abgabe der Erklärung sind:

1. Diejenigen Gewerbetreibenden, die Lieferungen der im § 21 des Gesetzes bezeichneten Luxusgegenstände im Kleinhandel ausführen, und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33 Absatz 2, Satz 3 des Gesetzes für einen längeren oder kürzeren Zeitraum gestattet ist, sowie auch die Gewerbetreibenden, die Gegenstände der in § 23 unter Nr. 5 des Gesetzes genannten Art in das Ausland verbringen.

2. Diejenigen Gewerbetreibenden, die Luxusgegenstände der im § 15 des Gesetzes bezeichneten Art herstellen und veräußern, und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33, Absatz 2, letzter Satz des Gesetzes auf Grund des Jahresumsatzes gestattet ist.

3. Diejenigen Steuerpflichtigen, die eingerichtete Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern nachhaltig zu vorübergehendem Aufenthalt abgeben (Gasthofbesitzer, Wohnungsvermieter).

4. Diejenigen Steuerpflichtigen, die die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertgegenständen oder Pelzwerk und Bekleidungsgegenständen aus oder unter Verwendung von Pelzwerk gewerbsmäßig betreiben. Ausgenommen sind Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, da sich für diese Betriebe der Steuerabschnitt auf ein volles Kalenderjahr erstreckt.

5. Diejenigen Steuerpflichtigen, die Pferde, Gel oder andere Reittiere gewerbsmäßig zum Reiten ausleihen. Die Einreichung der Erklärung kann durch — erforderlichenfalls zu wiederholende — Ordnungsstrafen bis zu je M. 500.— erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Anforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte offensichtlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten und hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordrucke zu verwenden, welche beim Bürgermeister der Wohnortsgemeinde der Steuerpflichtigen und bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden können.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Rüdesheim, den 13. Juli 1920.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.  
Umsatzsteueramt.

Wird hiermit bekannt gemacht.  
Geisenheim, den 21. Juli 1920.

Der Magistrat.

## Statt jeder besonderen Anzeige.



Nach Gottes heiligem Willen entschlief sanft und gott- ergeben heute Mittag 12 Uhr im Hlg. Geist-Hospital zu Bingen nach langen, schweren, mit der größten Geduld ertragenen Leiden, im 40. Lebensjahre, unsere liebste, unvergessliche Schwester, Schwägerin und Tante

## Kätie Gietz

wohlvorbereitet durch den öfteren Empfang der hl. Sakramente.

Geisenheim, Rüdesheim, Ettlingen, den 10. August 1920.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Georg Gietz u. Frau, geb. Schädel,  
Karl Gietz u. Frau, geb. Heim,  
Hubert Gietz u. Frau, geb. Schamari,  
Jakob Gietz u. Frau, geb. Neuer,  
Auguste Gietz,  
Johann Gietz u. Frau, geb. Burtschell,  
sowie 4 Neffen und 2 Nichten.

Die Beerdigung findet am Freitag den 13. ds. Mts., nachm. 5 Uhr, von Geisenheim, Lindenplatz 2 aus statt.

Die Exequien werden am Freitag früh 7 1/4 Uhr in der Pfarrkirche zu Geisenheim gehalten.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 5a des Gesetzes zum Schutze der Mieter vom 11. Mai 1920 wird mit Zustimmung des Herrn Regierungs-Präsidenten wie folgt verordnet:

1. Die zwangsweise Räumung einer Wohnung durch den Gerichtsvollzieher darf nicht erfolgen, wenn das städtische Wohnungsamt bescheinigt, daß der Wohnungsinhaber bei der Durchführung der Räumung wohnungslos werden würde,
2. diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Geisenheim, den 9. August 1920.  
Der Magistrat.  
J. B.: Glod.

## Bekanntmachung.

Die Versteigerung der Zwischenernte ist genehmigt.  
Geisenheim, den 12. August 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Seitens der Befugungsbehörde wird erneut darauf hingewiesen, daß der Verkauf von Alkohol, Likören und anderen derartigen Substanzen an Militärpersonen (jeden Grades) der Befugungsgruppen und ganz besonders an Kolonialtruppen

ausdrücklich verboten bleibt.

Nichtbefolgung dieser Anordnung zieht Strafe durch die Militärpolizeigerichte nach sich.

Geisenheim, den 10. August 1920.  
Die Polizeiverwaltung.  
J. B.: Glod, Beigeordneter.

Neu erschienen!

## Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

## Reuchhusten

Bronchial-Asthma und Verschleimung

Spezialbehandlung seit über 20 Jahren mit anerkannt

überraschend schnellem, best. Erfolg.  
O. Schlamp, Apotheker, Wiesbaden, Kaiser-Friedr. Ring 17  
Fernruf 2075. On parle français. English spoken.

## Gebe

**schönes Aleeen gegen Körnerfrucht**  
in Tausch. Zu ertragen in der Geschäftsstelle.

Morgen früh von 10 Uhr ab lade an der Bahn

**neue Kartoffeln**

aus, das Pfund M. 1.20, in Zentner billiger.

Carl Dillmann  
Behlstr. 9. Telef. 265.

## Pflaumen

das Pfund 50 Pfg.  
Frau J. Bach Wwe.  
Blaubachstr. 15.

## Rübsamen

zu verkaufen bei  
Franz Rückert  
Winklerlandstr. 47.

**Empfehle billigt**  
alle Sorten Obst, besonders Mirabellen, Reineklauden, dicke Pflaumen und Zwetschen Tafelbirnen und Äpfel, Kirschen und Fallobst.

Neben allen einschlägigen **Gemüsen** empfehle frisch eingetroffen Lachsbücklinge und alle Fischarten. Holländer und Edamer Käse, Hand-Käse. Holl. Margarine u. Fette, Eier. Wöchentlich 2 Mal frische Hefe. Frau B. Rothhaupt Marktstraße.

**Elektrisches Installations-Geschäft**  
für Licht und Kraftanlagen  
Wilb. Kublmann  
Hospitalstrasse 11.

Hotel Restaurant, Cafe  
**Hotel zur Linde**  
Telefon Nr. 205.

**Turnerschaft Geisenheim von 1858.**  
Dienstags und Donnerstags abends  
**Turnstunde**  
der alt. Turner u. Jünglinge. Besonders haben die Jünglinge vollständig zu erscheinen. Der Turnwart.

**Gesangverein Lieder-kranz.**  
Heute Donnerstag **keine Gesangstunde.**  
Anlässlich der Bischofsgrüßungsfeier soll ein Massenchor von sämtlichen Sängern Geisenheims vorgetragen werden. Wir bitten unsere alt. Sänger hierbei recht zahlreich mitzuwirken. Die erste Gesangstunde hierfür findet morg. Freitag Abend pünktlich 8 Uhr im kath. Vereinshaus (oberes Sälchen, links) statt.  
Der Vorstand.

**Kath. Kirchenchor Geisenheim a. Rh.**  
Morgen Freitag Abend 8 Uhr:  
**Gesangstunde.**

Die Sänger der beiden Gesangsvereine „Cäcilia“ und „Liederkrantz“, welche sich am Massenchor gelegentlich des Bischofs-Empfanges beteiligen wollen, sind höflichst eingeladen. Der Vorstand.

**F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908**  
Freitag Abend 8 Uhr:  
**Spielausführung**  
im Vereinslokal. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.  
Der Vorstand.

**Reichsbund der Kriegbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.**  
Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.  
Samstag den 14. August, abends 8 Uhr pünktlich:  
**Vorstands- und Komitee-Sitzung,**  
anschließend 8 1/2 Uhr:  
**Verammlung.**  
Verteilung von Lebensmitteln. Vollzähliges Erscheinen dringend nötig.  
Der Vorsitzende.

## Abhanden

gekommen ist ein schwarzbrauner Hund mit weißen Flecken, auf den Namen „Hektor“ hörend, mit zwei leichten Halsbändern. Da vermutet wird, daß ein am Donnerstag Abend 10 Uhr in M. gefallener Schuß dem Leben des Tieres ein Ende gesetzt hat, wird derjenige, der hierüber Angaben machen kann, gebeten, gegen Belohnung, sich in der Geschäftsstelle der Zeitung zu melden.

**Eingetroffen:**  
4 Meter lange **Pflöcke, Baumstüben, Waschpflöcke, Bretter u. Latten.**  
E. Dillmann.

**Lippmanns Keimtod**  
beste Stalldesinfektionsmittel  
empfiehlt  
Frau P. J. Klein Wwe.  
Steinheimerstrasse 5.

**Besuchskarten**  
liefert schnellstens  
Buchdruckerei A. Jander.